

Türkei, EU, Nordsyrien

Nach Ankündigungen der Türkei, Flüchtende ab sofort nach Europa durchzulassen, hoffen aktuell tausende Menschen, über die türkisch-griechische Grenze in die EU zu gelangen.¹ Präsident Erdoğan's Grenzöffnung setzt die EU und insbesondere Griechenland unter Druck, dessen Inseln mit der Lage überfordert scheinen. Die griechischen Grenzbeamten lassen die Menschen nicht passieren, Flüchtende und Beamte bekämpfen sich mit Steinen, Brandsätzen und Tränengas.²

Die Türkei erhofft sich, mehr finanzielle und insbesondere auch militärische Unterstützung der EU und NATO-Staaten zu erhalten. Im Zuge einer Anfang März gestarteten Militäroffensive unter dem Namen „Operation Frühlingsschild“ kämpft die Türkei gemeinsam mit islamistischen Kräften gegen die Eroberung der nordsyrischen Stadt Idlib, nahe der türkischen Grenze. Sie ist der letzte größere Rückzugsort syrischer Oppositionskräfte, unterstützt durch die Türkei, und steht in den vergangenen Monaten unter Beschuss syrischer Streitkräfte, die mit der Hilfe Russlands und iranischer Milizen die Stadt erobern wollen.³ Idlib ist eines der letzten wichtigen strategischen Ziele des syrischen Diktators Assads zur vollen Kontrolle über Syrien. Der Türkei sieht sich durch die Angriffe der syrisch-russischen Koalition steigenden Flüchtlingszahlen und einem Kontrollverlust in Syrien ausgesetzt. Am Freitag vereinbarten Putin und Erdoğan eine weitere Waffenruhe, doch die türkischen Streitkräfte bleiben in Idlib stationiert.⁴

Weder die USA noch die EU beteiligten sich an der türkischen Militäroperation. Die NATO stellte sich zwar hinter die Türkei, indem sie Angriffe auf türkische Soldaten als „rücksichtslos“ verurteilte und zu einem Ende der syrisch-russischen Angriffe aufrief, doch eine NATO-Mission im Interesse der Türkei in Nordsyrien ist nicht zu erwarten.⁵ Angela Merkel appellierte an Russland, für einen „Raum mit Sicherheitsgarantien“ zu sorgen, um den Menschen vor Ort zu helfen.⁶

Die Grenzöffnung der Türkei kann also als Druckmittel für die türkischen Interessen in Nordsyrien verstanden werden. Der griechische Regierungschef Mitsotakis bezeichnete den Flüchtlingsdeal zwischen der Türkei und der EU bereits als „tot“. Am Donnerstag erklärten sich sieben EU-Länder dazu bereit, Kinder und andere gefährdete Flüchtende aufzunehmen. Unter ihnen auch Deutschland. Wir fragen uns: Wie ist das Vorgehen der Türkei im Nahen Osten zu bewerten, wie sollte die EU nun konkret mit den Flüchtenden an den griechischen Grenzen verfahren und wie steht es um die Zukunft des Flüchtlingsdeals?

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-eu-griechenland-tuerkei-fluechtlingspolitik-1.4834368>

² <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/eu-aussengrenze-griechenland-fluechtende-ventilatoren-traenengas-rauch>

³ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/syrien-russland-tuerkei-abkommen-idlib-waffenruhe>

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/politik/syrien-waffenruhe-in-idlib-1.4842405>

⁵ <https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-syrien-nato-105.html>

⁶ <https://www.tagesschau.de/ausland/putin-erdogan-161.html>